



GR 07/2022

Niederschrift

der **SITZUNG** des GEMEINDERATES am **Donnerstag, 15.12.2022,**
um **20.00 Uhr** im Sitzungszimmer, Gemeinde Radfeld

Anwesend:

Bürgermeister Mag. Josef Auer, Vize-Bgm. Andreas Klingler, MSc, GV Anton Wiener, GR Christian Gasteiger, GR Mag. Johannes Gasteiger, GRin Astrid Gerstl, GR Sebastian Haberl, GVin Renate Maurer, GR Simon Schneider, EGR Josef Auer jun., EGR Helmut Innerbichler, EGR Gottfried Seiwald, EGRin Claudia Weinberger, EGR Hannes Wöll

Nicht anwesend und entschuldigt:

GR Friedrich Huber, GRin Maria Mayr, GR Hans Peter Ostermann, GR Philipp Graber, GRin Judith Hillebrand, GV Rupert Lentner, EGRin Maria Wöll

Schriftführerin: Mag. (FH) Jutta Reindl

Der Bürgermeister ersucht um Aufnahme eines weiteren Tagesordnungspunktes: „Beschlussfassung über die Senkung des Dienstgeberbeitrages für die Jahre 2023 und 2024“.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufnahme des o. a. Tagesordnungspunktes als Punkt 14.

Anschließend gelobt der Bürgermeister die Ersatzgemeinderäte Gottfried Seiwald, Helmut Innerbichler und Hannes Wöll nach § 28 TGO an.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bürgermeisters
2. Bericht des Überprüfungsausschusses
3. Beschlussfassung über evt. Satzungsänderungen
4. Beschlussfassung über den vom Bürgermeister vorgelegten Entwurf des Voranschlages für das Jahr 2023
5. Bericht des Ausschusses für Bildung, Familie und Kultur
6. Bericht des Ausschusses für Jugend und Sport
7. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft und Neuvergabe der landwirtschaftlichen Pachtgründe
8. Bericht des Ausschusses für Soziales und Senioren
9. Diverse Subventionsansuchen

10. Vergabeverfahren der Generalplanungsleistungen für das Projekt "Um- u. Zubau der Volksschule, des Kindergartens, der Turnhalle und der Sportvereinsanlagen"
11. Personalangelegenheiten
12. Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen
13. Anträge, Anfragen, Allfälliges
14. Beschlussfassung über die Senkung des Dienstgeberbeitrages für die Jahre 2023 und 2024

Die Sitzung war öffentlich.

Verlauf der Sitzung:

1. Bericht des Bürgermeisters

Das Schreiben von Herrn Sepp Kreidl aus Kramsach zum Thema Hochwasser wird an die Gemeinderäte verteilt. Dazu erging eine Anfrage an den Bürgermeister von Fr. Fluckinger vom Bezirksblatt Kufstein. Er hat Fr. Fluckinger einen ausführlichen Gesprächstermin angeboten unter der Bedingung, dass sie umfangreich auf mehrere Ausgaben verteilt über die Gesamtproblematik berichtet. Dies konnte Fr. Fluckinger aufgrund von Arbeitsüberlastung bzw. zu wenig Platz in der Zeitung nicht zusagen. Daher ist der Termin nicht zustande gekommen.

2. Bericht des Überprüfungsausschusses

Der Obmann des Überprüfungsausschusses GR Anton Wiener berichtet, dass der Voranschlag für 2023 in der Sitzung des Überprüfungsausschusses am 22.11.2022 geprüft und für gut befunden wurde. Allen Parteien wurde der Entwurf des Voranschlages zur Verfügung gestellt. Der Obmann betont, dass der Ausschuss sowohl vom Bürgermeister als auch vom Finanzverwalter bereitwillig Auskunft zu den gestellten Fragen erhalten hat. 2022 wurde bereits zum 2. Mal nach der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung budgetiert. Der Bürgermeister bedankt sich für die konstruktive Arbeit im Überprüfungsausschuss und spricht auch dem Finanzverwalter und der Verwaltung seinen Dank für die gute Arbeit aus.

GR Anton Wiener schlägt daher vor, Details zum Voranschlag im Pkt. 4 zu besprechen. Eventuell noch auftretende Fragen können dann behandelt werden. Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Vorgangsweise zu.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Obmannes des Überprüfungsausschusses wohlwollend zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung über evt. Satzungsänderungen

Der Bürgermeister schlägt dem Gemeinderat vor, aufgrund der hohen Teuerung in diesem Jahr auf eine Erhöhung der Steuern und Abgaben zu verzichten.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, für das Jahr 2024 auf eine Erhöhung der Steuern und Abgaben zu verzichten.

4. Beschlussfassung über den vom Bürgermeister vorgelegten Entwurf des Voranschlages für das Jahr 2023

Der Bürgermeister gibt dem Gemeinderat einen Überblick über den Entwurf des Voranschlages für das Jahr 2023, der zwischen Oktober und Dezember 2022 erstellt wurde. Die öffentliche Auflage zur

Einsichtnahme erfolgte ab 23.11.2022 durch zwei Wochen im Gemeindeamt. Es sind keine Einsprüche zum Voranschlag eingelangt, somit ist dieser beschlussfähig.

Es können noch Änderungsanträge eingebracht bzw. Fragen zum vorliegenden Entwurf beantwortet werden. Es wird auch 2023 keine Neuverschuldung geben. Der Kassier erläutert die grundlegende Bedeutung des Voranschlages sowie seine Einzelteile (Operative und Investive Gebarung etc.).

Der Finanzierungsvoranschlag für 2023 weist Einnahmen in Höhe von € 6.846.500,00 auf und sieht Ausgaben in Höhe von € 7.716.000,00 vor. Der daraus entstehende Abgang von € 869.500,00 kann aus dem Rechnungsüberschuss des Vorjahres bzw. liquiden Mitteln mehr als ausgeglichen werden.

Der Bürgermeister erläutert die größeren Investitionen und sonstigen großen Ausgabepositionen aus dem Haushalt. Der Finanzverwalter informiert den Gemeinderat zusätzlich über die im Budget vorgesehenen Subventionen.

Anschließend geht der Bürgermeister auf die schriftliche Anfrage von GR Johannes Gasteiger betr. den Budgetansatz für Um- und Zubau Bauhof ein. GR Joh. Gasteiger stellt den Antrag, das Budget in diesem Punkt auf € 660.000,00 zu erhöhen. Der Bürgermeister bringt den Vorschlag zur Abstimmung.

Der Gemeinderat stimmt mit 9 : 5 Stimmen gegen den Vorschlag von GR Johannes Gasteiger.

GR Anton Wiener ist ebenfalls der Meinung, dass der Ansatz für den Um- und Zubau beim Bauhof abgeändert werden soll und schlägt vor, die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage beim Um- und Zubau des Bauhofes zu berücksichtigen. GR Anton Wiener schlägt auch vor, die Kosten für die Straßenbeleuchtung beim Weg „Schmaler- Gasteiger- Achleitner“ in den Voranschlag aufzunehmen. Er erkundigt sich, ob im Voranschlag Mittel für den Neubau des Recyclinghofes vorgesehen sind.

Der Bürgermeister erwidert, dass er neue Erkenntnisse betr. die Rentabilität von Photovoltaikanlagen hat, die aber noch nicht bestätigt sind. Er möchte daher diesbezüglich keine Position in den Voranschlag aufnehmen. Betreffend die Straßenbeleuchtung im Bereich „Schmaler- Gasteiger -Achleitner“. informiert er, dass er bereits in Verhandlungen mit der ÖBB steht bezüglich möglicher Verbreiterungen von Bahnunterführungen, die im Zuge der Auslagerung des Sportplatzes nötig sein könnten. Er möchte die weiteren diesbezüglichen Entwicklungen abwarten und derzeit keine Position für die Straßenbeleuchtung aufnehmen. Der Bürgermeister möchte zuvor die Maßnahmen im Ausschuss für Bau- und Raumordnung, Verkehr-Umwelt-Kanal-Wasser vorbesprechen und die Thematik im März neuerlich aufgreifen.

Außerdem verweist der Bürgermeister auf das Faktum, dass noch immer gewisse Einnahmenpositionen nicht definitiv ins Budget aufgenommen werden können, weil sowohl vom Bund als auch vom Land die genauen Informationen noch ausständig sind.

GR Johannes Gasteiger verweist auf § 82 TGO, wonach mit der Mittelfristplanung auch ein Investitionsnachweis für die kommenden Jahre zu erstellen ist. Der Bürgermeister verweist darauf, dass dies nicht möglich ist, da ja noch nicht abzusehen ist, wann welches Projekt und in welcher Form zur Umsetzung kommt. Die Bestimmungen, die vom Gesetzgeber an eine mittelfristige Budgetplanung geknüpft sind, werden vom vorliegenden Budget aber sehr wohl erfüllt.

GR Anton Wiener stellt den Antrag, ins Budget jeweils € 50.000,00 für eine Photovoltaikanlage beim Um- und Zubau Bauhof und für die Errichtung einer Straßenbeleuchtung beim Weg „Schmaler- Gasteiger - Achleitner“ aufzunehmen. Der Bürgermeister lässt über den Antrag abstimmen.

Der Gemeinderat stimmt mit 9 : 5 Stimmen gegen den Antrag von GR Anton Wiener.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die beantragten Punkte noch genauer geprüft und vorbereitet werden sollen. Dann stünde einer Umsetzung bei vorhandenen finanziellen Mitteln nichts im Wege.

Der Gemeinderat beschließt mit 9 zu 5 Stimmen den Voranschlag 2023 gemäß dem vorliegenden Entwurf. Es wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass mit der Beschlussfassung über den Voranschlag auch der darin enthaltene Mittelfristige Finanzplan (= Teil des Voranschlages) für die Jahre 2024-2027 mitbeschlossen wird.

5. Bericht des Ausschusses für Bildung, Familie und Kultur

Obmann GR Simon Schneider berichtet über die Aktivitäten des Ausschusses.

Am 01.10.2022 fand bei freiem Eintritt ein Mitmach-Kinderkonzert der Musikgruppe „Rodscha aus Kambodscha“ im Veranstaltungszentrum statt. Das Konzert war sehr gut besucht und ein voller Erfolg. Weiters fand am 19.10.2022 ein Vortrag zum Thema „Blackout“ im Haus der Gemeinschaft Radfeld vor ca. 50 Besuchern statt. Aufgrund des großen Interesses wird der Vortrag evt. im neuen Jahr noch einmal wiederholt.

Abschließend berichtet er darüber, dass am Spielplatz „Siedlung“ ein neues Spielgerät aufgestellt wurde, das den alten Kletterturm aus Holz, der vom TÜV trotz vieler Reparaturen durch den Bauhof nicht mehr freigegeben werden konnte, ersetzt. Es handelt sich dabei um ein nahezu wartungsfreies Seilspielgerät in der Form eines Ikosaeders, das den Kindern neben dem Klettern auch eine Rutsche bietet.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Obmannes wohlwollend zur Kenntnis.

6. Bericht des Ausschusses für Jugend und Sport

Der Ausschussobmann GR Sebastian Haberl berichtet vom Ausflug mit den Jugendlichen zur AREA 47 im Sommer, der nur mit einem geringen Selbstbehalt für die Teilnehmenden vom Ausschuss organisiert wurde. Ein solcher Ausflug ist für 2023 wieder geplant am 13.08.2023. Auch ein Besuch des Hochseilgartens ist für den 20.05.2023 geplant. Zukünftig werden in die Planung solcher Veranstaltungen immer die Ausschüsse für Bildung, Familie und Kultur sowie Soziales und Senioren einbezogen. Für den 25.02.2023 ist ein Skirennen mit anschl. Apres-Ski-Party am Abend im Veranstaltungszentrum geplant. Die Gemeinde Radfeld bezahlt dafür die Nutzung der Piste.

Der veranstaltete Erste-Hilfe-Kurs wurde gut angenommen. Für das neue Jahr ist geplant, zu allen Jahreszeiten eine Veranstaltung zu organisieren. Der Obmann bedankt sich bei allen für die Mithilfe.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Obmannes wohlwollend zur Kenntnis.

7. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft und Neuvergabe der landwirtschaftlichen Pachtgründe

Der Obmann des Ausschusses, GV Vize-Bgm. Andreas Klingler, berichtet über die Sitzung des Ausschusses am 12.12.2022. Es wurde unter anderem über die Neuvergabe der Pachtgründe beraten. Der Ausschuss schlägt vor, die Pachtgründe für 2023-2028 Jahre zu den angebotenen Preisen an die bisherigen Pächter weiter zu verpachten.

Ein Pachtgrund wurde vom bisherigen Pächter an die Gemeinde zurückgestellt. Dieser Pachtgrund soll an einen anderen Radfelder Interessenten vergeben werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Pachtgründe wie vom Obmann vorgeschlagen neu zu vergeben.

8. Bericht des Ausschusses für Soziales und Senioren

Obfrau GVin Renate Maurer berichtet über die am 13.12.2022 stattgefundene Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren.

Sie gibt einen kurzen Rückblick auf die Aktivitäten der letzten Monate. Unter anderem fand ein Treffen mit dem Sozialsprengel statt, bei dem vereinbart wurde, dass der Sozialsprengel ab Jänner 2023 alle zwei Wochen Beratungsstunden in Sachen häusliche Pflege, Bedarf an Pflegemitteln, Informationen zu

Förderungen und Pflegegeldanträgen etc. im Besprechungszimmer EG im Gemeindeamt abhalten wird. Eine entsprechende Informationsveranstaltung wird am 11.01.2022 im Haus der Gemeinschaft Radfeld stattfinden, die erste Beratung am 25.01.2023 im Gemeindeamt.

Weiters wurden mögliche Maßnahmen für die Wiedererlangung des Zertifikates Seniorenfreundliche Gemeinde besprochen.

Seitens einiger Senioren wurde der Wunsch vorgebracht, Senientickets des Verkehrsverbundes Tirol (VVT) zu fördern. Der Ausschuss schlägt vor, ab 2023 die Tickets für 65-75Jährige mit € 60,00 sowie die Tickets für Senioren ab 75 Jahren mit € 40,00 zu fördern. Der Bürgermeister lässt über den Vorschlag des Ausschusses abstimmen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die vorgeschlagene Subvention der VVT-Tickets für Senioren.

Weiters schlägt der Ausschuss die Anschaffung eines Defibrillators für das Haus der Gemeinschaft vor. Die Obfrau erläutert die daraus resultierenden Anschaffungs- und Wartungskosten.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die vorgeschlagene Anschaffung.

Dann präsentiert die Obfrau den vom Ausschuss erarbeiteten Vorschlag zur Vergabe der Subventionen an die ansuchenden gemeinnützigen Einrichtungen:

- | | |
|--|---|
| - Aktion Leben Österreich 50,00 | - Krebshilfe Tirol 100,00 |
| - Ärzte ohne Grenzen € 100,00 | - Organisation Evita € 275,00 |
| - Blinden u Sehbeh. Verband Tirol € 100,00 | - Telefonseelsorge Kriseninterv. € 100,00 |
| - Lebenshilfe Tirol € 150,00 | - Pro Juventute Brixlegg € 200,00 |
| - Rote Nasen Clowndoctors € 100,00 | |
| - Rainbows € 250,00 | |

Insgesamt belaufen sich die vorgeschlagenen Spenden auf € 1.425,00. Die Obfrau stellt den Antrag, die nicht verbrauchten Mittel aus dem Haushalt dem Sozialkonto der Gemeinde zuzuführen. **Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag des Sozialausschusses einstimmig zu.**

9. Diverse Subventionsansuchen

Der Bürgermeister berichtet von zwei Subventionsansuchen, die an den Planungsverband 26 Brixlegg und Umgebung gerichtet worden sind. Das Österr. Rote Kreuz, Ortsstelle Kramsach, sucht um einen einmaligen Zuschuss in Höhe von € 30.000,00 zum Umbau der Räumlichkeiten für „Die Tafel“ bzw. dem „Second Hand Shop & More“ in Brixlegg an. Die jeweiligen Gemeinden sollen sich nach dem Einwohnerschlüssel beteiligen. Für Radfeld errechnet sich somit ein Betrag von € 3.608,62.

Der Gemeinderat beschließt die o. a. Subvention einstimmig.

Die Österr. Bergrettung, Ortsstelle Kramsach, sucht um einen Zuschuss zur Anschaffung eines neuen Einsatzfahrzeuges an. In der Planungsverbandssitzung wurde beschlossen, dass sich die Gemeinden mit 50 % an den Anschaffungskosten beteiligen, das sind € 47.000,00, die ebenfalls nach Einwohnerschlüssel auf die Gemeinden aufgeteilt werden. Der Anteil für Radfeld schlägt mit € 4.696,00 zu Buche.

Der Gemeinderat beschließt die o. a. Subvention einstimmig.

10. Vergabeverfahren der Generalplanungsleistungen für das Projekt "Um- u. Zubau der Volksschule, des Kindergartens, der Turnhalle und der Sportvereinsanlagen"

Der Bürgermeister berichtet, dass er gemeinsam mit dem Vize-Bürgermeister mehrmals Gespräche sowohl mit RA Dr. Stephan Heid (Heid und Partner Rechtsanwälte GmbH, Kanzleisitz Wien mit Niederlassung in Innsbruck) und der GemNova als auch mit beiden gemeinsam bzgl. der Vorgangsweise in dieser Angelegenheit geführt hat. Die GemNova hat auch schon einige Vorarbeiten für das Gesamtprojekt geleistet. Aus den Studien der GemNova geht ebenfalls hervor, dass eine Auslagerung des Sportplatzes am sinnvollsten und zukunftsfähigsten ist, weil für alle Einrichtungen (Volksschule, Kindergarten, Turnhalle, Parkplätze, Sportplatz mit Räumlichkeiten für den Sportverein) am derzeitigen Standort zu wenig Platz vorhanden ist. Dies wurde von DI Alexander Gostner/GemNova auch schriftlich bestätigt: *„Eine wichtige Erkenntnis aus der Studie ist, dass eine Gesamtlösung am vorhandenen Standort (Sanierung und Erweiterung Volksschule und Kindergarten) mit einer Normturnhalle (samt erforderlichen Nebenräumen wie Umkleiden), die 15 m x 27 m Innenmaße aufweist und zur Mehrfachnutzung mittig teilbar ist, nur durch eine Verlegung des Sportplatzes möglich ist.“*

Der Bürgermeister verweist auch auf den Vorteil, dass bei einer Auslagerung des Sportplatzes der Gemeinde noch ca. 4000 - 5000 m² wertvolle, unverbaute Fläche für in der Zukunft notwendige Gemeindeeinrichtungen verbleiben.

Welche Schritte für das umfangreiche, rechtlich vorgeschriebene Vergabeverfahren zu erledigen sein werden, ist dem Angebot von RA Dr. Heid vom 13.05.2022 entnehmen. Dieses Angebot wurde den Gemeinderäten bereits vorab mit einer Zusammenfassung der Besprechung des Bürgermeisters und Vize-Bürgermeisters mit Dr. Heid zur Vorinformation schriftlich übermittelt. Außerdem hat Dr. Heid auf das ursprüngliche Pauschalangebot noch einen Nachlass von 10 % (per Mail vom 14.09.2022) gegeben.

Die GemNova hat am 13.12.2022 per Mail ebenfalls ein schriftliches Angebot gelegt. Der Bürgermeister gibt dem Gemeinderat Auskunft über die Höhe der beiden Angebote.

Der Bürgermeister lässt den Gemeinderat einzeln darüber abstimmen, dass die Aufträge an Dr. Heid & Partner laut Angebot vom 13.05.22 und Nachlass von 10 % lt. Mail vom 14.09.2022 sowie an die GemNova laut vorliegendem Angebot vom 13.12.2022 vergeben werden.

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe an Dr. Heid & Partner sowie die GemNova lt. den genannten Angeboten jeweils einstimmig.

11. Personalangelegenheiten (nicht öffentlich)

Die Amtsleiterin berichtet unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dass es im Kindergarten Radfeld zu personellen Veränderungen kommt. Zwei Assistentinnen scheidern aus persönlichen Gründen aus. Die Nachbesetzung erfolgt intern durch die bisherigen Stützkräfte. Zusätzlich muss eine Stützkraft-Stelle neu ausgeschrieben werden.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die vorgeschlagenen Änderungen im Personalstand sowie die Ausschreibung der Stelle einer Stützkraft für den Kindergarten Radfeld.

12. Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen

Es werden zwei Mietzinsbeihilfeanträge unter Ausschluss der Öffentlichkeit einzeln behandelt und einstimmig befürwortet.

13. Anträge, Anfragen, Allfälliges

Der Gemeinderat bestimmt als Vertreter des Bürgermeisters für die Forsttagsatzungskommission den Vize-Bürgermeister.

Die Firma Gebrüder Weiß hat beim Bürgermeister neuerlich ihr Interesse am Standort Maukenbach (Grund Laimgruber unterhalb Moser Busreisen) bekundet. Das Unternehmen würde die Beschäftigung einer Mindestanzahl von Mitarbeitern garantieren. Die dadurch entstehende Verkehrsbelastung für das Radfelder Gemeindegebiet wäre gering, da hauptsächlich Klein-LKWs eingesetzt werden, die Richtung Wörgl (Autobahnanschluss) fahren. Das Thema soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

14. Beschlussfassung über die Senkung des Dienstgeberbeitrages für Jahre 2023 und 2024 -

Mit dem Teuerungs-Entlastungspaket Teil II des Bundes wurde u. a. das Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) 1967 dahingehend geändert, dass ab dem Kalenderjahr 2025 der Dienstgeberbeitrag 3,7 % (statt 3,9 %) der Beitragsgrundlage beträgt. Dies kann unter bestimmten gesetzlichen Bestimmungen auch schon für 2023 und 2024 gelten. Es braucht dafür einen Gemeinderatsbeschluss.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, in Anwendung des § 41 Abs. 5a Z 7 FLAG den Dienstgeberbeitrag für alle Bediensteten der Gemeinde Radfeld für das Jahr 2023 und 2024 auf 3,7 v. H. zu senken.

Um 22:01 Uhr beendet der Bürgermeister nach Erschöpfung der Tagesordnung die Sitzung.

g. g. g. :

.....
Mag. Josef Auer e. h.
(Bürgermeister)

.....
Mag. (FH) Jutta Reindl e.h.
(Schriftführerin)

.....
Andreas Klingler, MSc, e.h.
(Gemeinderat)

.....
Anton Wiener e. h.
(Gemeinderat)